

Job-Maschine Neue Energie

Weg vom Öl - denn es gibt bessere Energie-Quellen. Und die Nutzung der erneuerbaren Energien ist in der Bundesrepublik heute schon der Job-Motor Nummer 1. Wie die Energie-Wende funktioniert, steht auf **Seite 3**

Verbraucherschutz tut Not

Die CDU will das Verbraucherschutzministerium abschaffen. Der CDU ein Dorn im Auge: Beim Verbraucherschutz stellen die Grünen das Recht der Verbraucher über den kurzfristigen Profit. **Seite 4**

Die Lügen der Atom-Lobby

Sichere Zukunft durch eine unerschöpfliche Atomkraft? Eine internationale Ärzte-Kampagne entlarvt die neuen Lügen der Atom-Lobby - und zeigt, wie hoch das Risiko der Kernkraftnutzung in Wahrheit ist. **Seite 6**

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln Nr. 154, August/September 2005

Neukölln hat die Wahl. Und Neukölln hat...

Sibyll Klotz: Die Alternative!

Neukölln - Bei den Wahlen zum Bundestag am 18. September kämpft Sibyll Klotz, derzeit Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen im Berliner Abgeordnetenhaus, in Neukölln um das Direktmandat. Sibyll Klotz steht außerdem auf dem aussichtsreichen Platz drei der Bündnisgrünen Landesliste.

Mit Sibyll Klotz hat Neukölln die Chance, im Bundestag durch eine Frau vertreten zu werden, die mit den brennendsten Problemen des Bezirkes bestens vertraut ist. Ihr Schwerpunkt im Berliner Abgeordnetenhaus nämlich: Die Arbeitsmarktpolitik, zentrales Thema in Neukölln mit seinen über 50.000 registrierten Arbeitsuchenden. Und da hat sie nicht nur die stümperhafte Umsetzung von Hartz IV durch den rot-roten Senat kritisiert, sondern auch in Richtung der rot-grünen Bundesregierung klar gesagt, wo bei der Arbeitsmarktreform die großen Lücken sind. So tritt die grüne Direktkandidatin zum Beispiel dafür ein, dass die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II einheitlich in Ost und West von den jetzt geltenden 345 Euro auf ein Niveau gehoben werden, das auch dem tatsächlichen aktuellen Preisniveau entspricht. Der derzeitige Regelsatz wurde nämlich berechnet nach einer Verbraucherstatistik aus dem Jahre 1998! (die grüne Haltung zu Hartz IV - siehe Seite 5). Der andere große Schwerpunkt von Sibyll Klotz: Die Geschlechtergerechtigkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Wie weit wir in der Bundesrepublik und auch in Berlin davon noch entfernt sind, zeigt ein Blick in die Statistik: Frauen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen, sind meist auch schlechter ausgebildet (Männerlohn für Frauenarbeit - Seite 4).

Eine der zentralen Ursachen der Geschlechter-Ungerechtigkeit: Kindererziehung ist meist Frauensache



Sibyll Klotz, die Direktkandidatin der Grünen für Neukölln

- und gerade eine allein erziehende Mutter hat kaum Chancen auf einen gut bezahlten Job. Darum sagt Sibyll Klotz: „Wir brauchen Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung.“ Das schafft nicht nur Jobs, flächendeckende Kinderbetreuung ermöglicht auch den Müttern, am Erwerbsleben teil zu haben. Und wie soll das finanziert werden?

Sibyll Klotz: „Durch den Wegfall anderer Subventionen!“

Bei dieser Bundestagswahl kämpfen die Neuköllner Bündnisgrünen offensiv um beide Stimmen, um die Zweitstimme für die Bündnisgrüne Landesliste, um die Erststimme für Sibyll Klotz.

Aber die Erststimme für die Grünen, ist die nicht verschenkt? Nein! Denn bei den letzten Bundestagswahlen hat in Kreuzberg-Friedrichshain Christian Ströbele das erste Bündnisgrüne Direktmandat geholt, wird er es nun nach allen Prognosen erfolgreich verteidigen. Und was in Kreuzberg-Friedrichshain möglich ist, das ist in Neukölln nicht ausgeschlossen.

Hier sagen die Bündnisgrünen auch allen rot-grünen Wählern des SPD-Kandidaten Ditmar Staffelt: Wer Staffelt wählt, weiß nicht, welche Koalition er am Ende tatsächlich gewählt hat.

Bei den letzten Bundestagswahlen haben die Neuköllner Bündnisgrünen 13,6 Prozent aller Stimmen bekommen, wurden in sechs nördlichen Stimmbezirken sogar zur stärksten Partei, waren in den beiden Nord-Wahlkreisen hinter der SPD die zweitstärkste Kraft. Bei der Europawahl im Sommer 2004 holten die Neuköllner Grünen fast 20 Prozent, lagen nun schon im kompletten Norden auf dem ersten Platz, hatten auch im Süden überall zweistellige Ergebnisse.

Deshalb am 18. September: Keine Stimme verschenken, beide Stimmen grün. Mehr über Sibyll Klotz - Seite 4.

Neuköllns schöne Seiten

Ein Kraftwerk für die saubere Umwelt



Direkt am Landwehrkanal, der ehemaligen Grenze zu Ost-Berlin, ist auf dem früheren Eternit-Gelände das erste Biomassekraftwerk von Berlin entstanden. Das erzeugt aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz Wärme und Strom: Das ist effektiv, umweltfreundlich und zukunftssicher. Möglich wurde dies durch das Erneuerbare Energie Gesetz (EEG) der rot-grünen Bundesregierung mit seinen langfristigen Einspeisevergütungen für die erzeugte Energie. Und Neukölln bekam so ein „grünes Vorzeige-Projekt“ von besonderer Bedeutung.

Die Neuköllner Bezirkspolitik war anfangs allerdings nicht begeistert von dieser ökologischen Investition. Die SPD befürchtete eine „Super-Müllverbrennung“ und CDU-Umweltstadtrat Michael Freiberg wurde gar drohend mit den Worten zitiert: „Die kriegen von uns keine Genehmigung!“

Allein die Grünen in Neukölln stimmen von Beginn an für das Biomasse-Kraftwerk.

Und dies mit guten Gründen: Wurde doch hier der Begriff der Nachhaltigkeit bei der Strom- und Wärmeerzeugung mit Leben erfüllt.

Heute werden 19000 Haushalte der Neuköllner Gropiusstadt mit Wärme und Strom versorgt, die aus ca. 200000 Tonnen Holz (Industrierestholz, Altholz sowie Holz aus Durchforstung...) und Erdgas erzeugt werden. Das Holz kommt auf Schiffen über den Landwehrkanal - ohne Verkehrsbelastung auf Berliner Straßen - zum Heizwerk.

Und ein zusätzlicher Vorteil für die Gropiusstädter: Die Heizungskosten sind um bis zu 30 Prozent geringer als vorher.

Das ist eine der vielen schönen Seiten grüner Umweltpolitik, und schön für Neukölln.

jüb

Herr Diepgen und Herr Staffelt, erinnern Sie sich noch?

Die Große Koalition in Berlin führte zur Gründung der Bankgesellschaft - und voll in die Pleite

Neukölln - Mit Eberhard Diepgen und Ditmar Staffelt kandidieren für den Bundestag in Neukölln zwei Strategen des Berliner CDU-SPD-Senats, der der Stadt unter anderem die Bankgesellschaft mit ihrer Milliardenpleite bescherte.

Zum nun eröffneten Banken-Prozess gegen den Diepgen-Freund Klaus-Rüdiger Landowsky, einem der Akteure

der Bankgesellschaft, erklärte Sibyll Klotz, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Abgeordnetenhaus:

„Zwei Tage vor Beginn dieses Prozesses legt Eberhard Diepgen seinen ersten Wahlkampfauftritt hin, der bestenfalls für Glossen und Satiren taugt. Zu offensichtlich ist das Bestreben, die Rolle der CDU klein zu reden. Dass dies ausgerechnet Eberhard

Diepgen öffentlich zelebriert, entbehrt zwar nicht einer gewissen Komik, ist aber zugleich empörend, denn: Wer den Bankenskandal zur Lappalie umdefiniert, versucht bewusst, dessen Dimension zu verschleiern.

Das politische Vertrauen in die Politik wurde nachhaltig beschädigt. Und auch der finanzielle Schaden wird sich zwischen fünf und zehn Milliarden

Euro bewegen.

Die politische Verantwortung dafür tragen die Akteure der großen Koalition. Und die hießen nicht nur Diepgen und Landowsky und trugen nicht nur das Parteibuch der CDU.

Ex-Landesbank-Aufsichtsrat Ditmar Staffelt von der SPD, heute Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, trägt für das Monster Berliner

Bankgesellschaft ebenfalls Verantwortung.

Bald werden die Ermittlungsergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorgestellt.

Dabei wird dann auch die Rolle der Großen Koalition aus CDU und SPD bei der Gründung der Bankgesellschaft und der mangelnden politischen Kontrolle der Bank-Akteure thematisiert.“

Korruption - Wir ziehen daraus die Konsequenzen

Neukölln - Die Pleite der Bankgesellschaft - auch eine Folge der Korruption, die sich geschwürartig durch die Wirtschaft zieht. Welche Schlüsse daraus zu ziehen sind ist Thema einer Diskussionsveranstaltung der Neuköllner Grünen mit Wolfgang Wieland.

Nach der Pleite der Bankgesellschaft und dem Ende der Berliner CDU-SPD-Koalition war Wolfgang Wieland

(Foto) als grüner Justizsenator im rot-grünen Übergangssenat verantwortlich für die Aufklärung des Bankenskandals. Nun kandidiert Wolfgang Wieland auf Platz Zwei der grünen Landesliste für den Deutschen Bundestag. Über den Bankenskandal - und die Schlüsse daraus. Dienstag, 6. September, 19.00 Uhr in der Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf, Richardstraße, Ecke Kirchgasse (Nähe U-Bhf. Karl-Marx-Straße).



Berlins einziger Discount für Bio-Lebensmittel

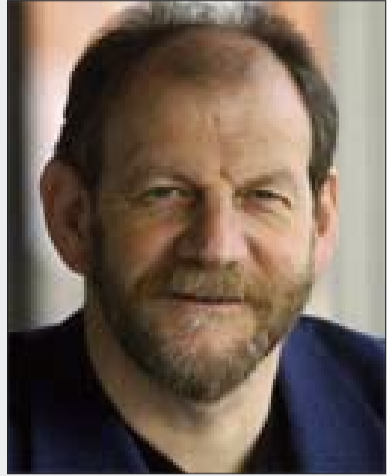
Voelkel
Bio-Apfelsaft
sehr mild, fruchtig und aromatisch
1 Liter
1,20 €

BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen

Bergiusstr. 36 (AB-Abf. Grenzallee) · 12057 Berlin
Mo-Fr 13-19 Uhr · Fon 030 / 68 05 66 61 · www.big-bio.net

Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

Brief aus Brüssel



Ein Zurück in die 50'er meistert keine Zukunft

Die vorgezogene Neuwahl war nicht die Idee der Grünen und über die Gründe wird viel spekuliert. Ob der Kanzler lieber vom Volk als von der eigenen Partei abgewählt werden will, oder Selbstmord begeht aus Angst vor dem Tode. Egal, wer in der SPD was warum gemacht hat, nehmen die Grünen die Herausforderung an. Wir in Berlin müssen zwischen 1998 - 2006 acht Wahlkämpfe in acht Jahren bestreiten. Das können wir optimistisch angehen, denn die letzten zwei waren sehr positiv.

2002 haben wir mit Öko-Themen die Bundestagswahl gewonnen. Und wenn die Clements und Gabriels jetzt meinen, dass Umweltschutz der reine Luxus sei, so sagen wir mit Kurt Biedenkopf: Was unökologisch ist, ist auch unökonomisch. Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch, es sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir Grüne haben 2002 Schröder den Kanzlerposten gerettet. Aber er, der schon 1997 mit „Öko ist out“ falsch lag, hatte diese Botschaft leider nicht verstanden. Nach der Wahl wollte er den Hanau-Deal mit China. Wir - und nur wir - haben das verhindert. Und wir Grüne in Deutschland unterstützen das Europa-Parlament und beklagen in Russland und China die Menschenrechtsverletzungen. Während für Schröder Putin ein „lupenreiner Demokrat“ war, redeten Claudia Roth und Reinhard Bütikofer beim Chodorkowski-Prozess Klartext. Das war gestern notwendig, hilft uns heute, und auch morgen sagen wir: Menschenrechte sind unteilbar!

Im Europa-Wahlkampf haben wir 2004 das beste Wahlergebnis unserer Geschichte hingelegt. Wir wissen: Die Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht Halt. Wer glaubt, die Umweltzerstörung auf nationalstaatlicher Basis stoppen zu können, wird Schiffbruch erleiden. Das gilt auch für die soziale Frage. Trotz der Wiedergeburt nationaler Egoismen: Auch hier brauchen wir EU-weite Standards, um den Heuschreckenschwärmen etwas entgegen setzen zu können. Oskar Lafontaine attackiert ja nicht nur die EU-Verfassung. Er bedient den Stammtisch mit rassistischen Parolen und zeigt den kurzen Weg von rot zu braun. Dafür kassiert er Applaus auch von der NPD. Wer gezielt und bewusst im Nazi-Jargon von „Fremdarbeitern“ spricht, der tritt nicht nur in die Fußstapfen von Jürgen Möllemann - der ist bei Le Pen.

Die heutigen Probleme lassen sich im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene bewältigen. Das gilt für die ökonomischen, die ökologischen und auch für die sozialen. Wer „back to the fifties“, zurück in die 50'er will, wird die Zukunft nicht bestreiten können!

Demokratie, Frieden, Klimaschutz und Wohlstand: Das bringt kein Land allein

Globalisierung nicht verhindern - sondern gerecht gestalten

Berlin: - Wenn die Bundesrepublik und Europa zum Beispiel den afrikanischen Ländern nicht helfen, ihre Probleme zu lösen, dann wird Afrika seine Probleme eben nach Europa, in die Bundesrepublik exportieren. Mit dieser einfachen und klaren Formel brachte Joschka Fischer, der bündnisgrüne Spitzenkandidat und Bundesaußenminister die Notwendigkeit einer gerechten Globalisierung auf den Punkt.

Gerechte Globalisierung heißt: Alle Menschen haben ein Recht auf eine saubere Umwelt. Und weil das Klima keine Ländergrenzen kennt, haben die Bündnisgrünen international am Klimaschutzprotokoll von Kyoto festgehalten, in der Bundesrepublik selbst darauf gedrängt, dass die vereinbarten Klimaschutz-Ziele, die Verringerung des Schadstoff-Ausstoßes eingehalten und sogar übertroffen werden.

Wenn Angela Merkel nun als Bundeskanzlerin, wie sie schon angekündigt hat, nach US-amerikanischem Vorbild von George Bush aus dem Kyoto-Prozess aussteigen möchte, dann schadet das nicht nur der Umweltpolitik in Deutschland - dann gefährdet das den Klimaschutz der ganzen Welt. Gerechte Globalisierung heißt: Alle

Menschen haben ein Recht auf ein Leben frei von Armut. Das setzt allerdings voraus: Arbeitnehmer müssen

zum Beispiel auch bündnisgrüne Spitzenpolitiker während der orangenen Revolution in der Ukraine auf den großen Kundgebungen in Kiew.

Ganz grundsätzlich heißt es für die Bündnisgrünen: Bei aller Notwendigkeit einer politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Staaten wie China und Russland darf eine besonnene Außenpolitik nicht durch kurzsichtige Interessen der Außenwirtschaftsförderung in den Hintergrund gedrängt werden. Stabilität basiert auf Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, nicht auf Repression.

Konkret: Auch China braucht Demokratie und Menschenrechte, keine deutschen Waffen für den Angriff auf Taiwan - auch wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder das vielleicht etwas anders sieht.

Und schließlich: Wer auf Krisenvermeidung statt auf vorbeugende Kriege setzt, der braucht im eigenen Land auch keine Wehrpflicht.

Abschaffung der Wehrpflicht ist eines der großen innenpolitischen Ziele, das sich die Grünen auf die Fahnen geschrieben haben. Durchzusetzen war das angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der vergangenen Legislaturperiode zwar nicht - aber die Front der hartnäckigen Wehr-



sich auch gewerkschaftlich organisieren können, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Wohlstand und Demokratie gehören zusammen. Deshalb unterstützen Bündnis 90/Die Grünen die Demokratiebewegungen in allen Ländern der Erde, sprachen

Aktivität und Grundsätze wählen!

Auch europaweit steht Grün für Umweltschutz und Menschenrechte

Brüssel - Tatjana Zdanok, promovierte Mathematikerin aus Lettland, ist die erste grüne Europa-Abgeordnete aus den osteuropäischen Beitrittsländern. Im Interview mit dem „Stachel“ sagt das Vorstandsmitglied des politischen Ausschusses „Für die Menschenrechte in Lettland“, welche Bedeutung Grün für Europa hat.

Stachel: Frau Zdanok, Sie sind in der Fraktion „Grüne/Free Europäische Allianz“ das einzige Mitglied aus den osteuropäischen Beitrittsländern. Warum entschieden sich die meisten anderen Abgeordneten aus Osteuropa für eine rechte Fraktion?

Tatjana Zdanok: Viele dieser Politiker gewöhnten sich in den totalitären Zeiten daran, der größten, der regierenden Partei beizutreten. Da spielte die Ideologie keine Rolle. Gestern waren sie loyale Kommunisten, heute christliche Demokraten. Hauptsache, immer mit denen zusammen zu sein, die stärker sind...

Stachel: Und wie bewerten Sie die Folgen Ihrer „grünen Wahl“?

Tatjana Zdanok: Meine Wahl zugunsten der Grünen war die Wahl zugunsten der Aktivität und der Grundsätze.

Ich bin stolz darauf, dass ausgerechnet unsere Fraktion „Grüne/Free Europäische Allianz“ in den Diskussionen im Europaparlament oft den Ton angab und auf eigenen Lösungen bestand. Kaum jemand glaubte zum Beispiel, dass es dem Parlament gelingen würde, die Zusammensetzung der Europäischen Kommission zu verändern. Aber die Grünen begannen zu handeln und überzeugten die Mehrheit ihrer Kollegen, gegen das erste „Kabinett“ Barroso zu stimmen.

Stachel: Sie sind führendes Mitglied der Partei, die in Ihrem Land - in Lettland - die Interessen der Russisch sprechenden Mehrheit verteidigt. Zur gleichen Zeit sind die Grünen im Europaparlament für ihre prinzipielle Haltung gegen das Vorgehen der russischen Militärs und der Putin-Regierung

in Tschetschenien bekannt. Verursacht das nicht einen inneren Konflikt?

Tatjana Zdanok: Die Menschenrechte müssen kompromisslos beachtet werden - ob das in Tschetschenien, Lettland oder Deutschland ist. Es darf keine unterschiedlichen Standards geben. In dieser Frage gibt es bei mir eine volle Übereinstimmung mit meinen Fraktionskollegen. Wenn es einen echten Grund gibt, Russland zu kritisieren, unterstütze ich diese Kritik. Ich glaube, eine solche Kritik nutzt dem Land, mit dem ich durch meine Herkunft und meine Muttersprache verbunden bin.

Und meine Fraktionskollegen unterstützen die Initiativen, die auf die Lösung schmerzhafter Probleme der Rechtsverteidigung meines Landes, also Lettlands, ausgerichtet sind. Eines dieser Hauptprobleme ist, dass 20 Prozent unserer Bürger überhaupt keine Staatsangehörigkeit mehr haben, weil sie oder ihre Eltern als Bürger der Sowjetunion nach Lettland kamen, sie aber keine Letten sind. Ein anderes Problem ist die planmäßige Verdrängung der Muttersprachen der Minderheiten aus dem Bildungssystem.

Stachel: Zu Verteidigern der Minderheiten erklären sich auch andere linke Parteien...

Tatjana Zdanok: Der Unterschied besteht aber darin, dass die Grünen nicht nur scharf auf jegliche Ungerechtigkeit reagieren, sondern auch Konsequenzen ziehen. Darin liegt der Unterschied zwischen ihnen und den Sozialisten, die bei den Schwankungen der politischen Konjunktur, unter den Vorstellungen einer gewissen „realen Politik“ des Öfteren von ihren Prinzipien und Versprechungen Abstand nehmen. Unter diesen Bedingungen ist die Aufgabe der Grünen, die Fahne der europäischen Standards im Bereich des Umweltschutzes und der Menschenrechte hoch zu halten.

Übersetzung: Dorota Wasilewska-Garlicka, Sprachenservice Dresden



Joschka Fischer, Bundesminister des Äußeren

pflicht-Befürworter ist brüchiger geworden. Da werden die Grünen nach der Wahl einen neuen Anlauf unternehmen.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:

Vorstandssprecher:

Gabriela Gebhardt, Tel.: 6037754; Rainer Penk, Tel.: 6213473

Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet: <http://www.gruene-berlin.de/neukoelln>, E-Mail: neukoelln@gruene-berlin.de

Bezirksgruppe

Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefone

Ausländerpolitik/Immigration: Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Bau und Verkehr: Jürgen Biele, 663 56 40

Frauen: Carola Scheibe-Köster, 68 0927 73

Jugend, Kinder, Schule:

Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Kultur: Sabine Kaledemorgen, 6922498

Natur- und Grünflächen:

Doris Schönduwe, 663 56 40

Neuköllner Stachel und Homepage der Bezirksgruppe:

Detlef Fritz, 0172-3904826

Soziales: Gabi Vonnekold, 6116635

Umweltschutz:

Jürgen Biele, 663 56 40

Wirtschaft: Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes:

Jürgen Biele (jüb), Detlef Fritz (df), Sabine Kaledemorgen (ska)

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gabriela Gebhardt, Siegfried Menzel, Rainer Penk, Gabriele Vonnekold

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin

Anzeigenleitung:

Gabriela Gebhardt, 603 7754

E-Mail: gabi.gebhardt@snafu.de

Druck: Henke Pressedruck GmbH

Satz: Andreas Wernicke



Tatjana Zdanok, erste osteuropäische grüne Europaparlamentarierin, in ihrem Brüsseler Büro.

Weg vom Öl? – Wie soll das denn bitte funktionieren?

Energisch arbeiten – an der Entwicklung der erneuerbaren Energien!

Neukölln – „Weg vom Öl“ – so heißt es auf Hunderten bündnisgrüner Plakate nicht nur in ganz Neukölln. Na gut, mehr Einsatz von Erneuerbaren Energien kann ja nicht schaden – aber völlig weg vom Öl scheint doch sehr utopisch. Schließlich heizen wir unsere Häuser mit Öl, brauchen unsere Autos ihr Benzin. Hier sagt Siegfried Menzel vom „Verein zur Förderung von Umwelt- und Naturschutz in Berlin“, von Beruf Klimatechniker, warum das Prinzip „Weg vom Öl“ nicht nur funktioniert, sondern warum es auch keine andere Möglichkeit gibt.

Die fossilen Brennstoffe gehen zur Neige. Das und nichts anderes ist der entscheidende Grund für den steigenden Ölpreis: Die Ölquellen stehen nämlich schon jetzt vor ihrem zeitlich absehbaren Ende. Dazu kommt: Als Ergebnis der Globalisierung wurden klassische Produktionen in die Billiglohnländer, zum Beispiel nach China verlagert. Doch damit ist auch in diesem Riesenreich der Ölbedarf gestiegen, neben Amerika und Europa ein weiterer Großverbraucher auf den knapper werdenden Markt getreten. Spekulationen, „böse Araber“, der Sturm im Golf von Mexiko, autständische Afrikaner oder eben auch die Ökosteuer beeinflussen den Preis fürs Öl angesichts dieser Faktoren da nicht wirklich.

Also ist es dringend geboten, nach Innovationen Ausschau zu halten. Die Kernenergie mit ihrer ungelösten Entsorgungsfrage und den unwägbareren Risiken kann jedenfalls nicht die Alternative sein, ist allenfalls ein scheinbarer Ausweg für Hasardeure. Wenn Angela Merkel nun die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern möchte, mag das wohl daran liegen, dass sie ihr Physikstudium in der DDR absolvierte, wo man auch Tschernobyl zum technologischen Wunderwerk des Sozialismus erklärte. (Siehe auch Seite 6)

Dabei ist natürliche, saubere Energie im Überfluss vorhanden! Allein die Sonne liefert der Erde täglich zehntausend Mal mehr Energie als wir verbrauchen – einschließlich der im Verkehr verbrauchten Energie. Über die Solarkonstante kann man das jederzeit leicht nachrechnen. Woran es jedoch noch mangelt, ist die Weiterentwicklung der entsprechenden Technologien, der Photovoltaik-Technologie. Solange es noch Dächer gibt, die ohne Photovoltaik ausgerüstet sind (wie auf dem grünen Wahlplakat), haben wir die Möglichkeiten der Sonnenenergie nicht einmal ansatzweise ausgenutzt. Aber zur effektiven Nutzung der Sonnenenergie brauchen wir noch die Photovoltaik, die einen weit höheren Wirkungsgrad haben als unsere heutigen. Das ist eine Aufgabe, die wir durch Forschung und Ent-

wicklung lösen werden! Und bis die Entwicklung so weit ist? Windräder sind da als Zwischenlösung eine andere Möglichkeit, die uns nötige Energien liefern kann. Richtig: Der Wind weht nicht ständig, die Sonne scheint nicht immer. Aber hier kann die Wasserstofftechnologie einspringen. Übrigens: Automotoren, die von Wasserstoff angetrieben werden, sind eine zusätzliche vorstellbare Einsatzmöglichkeit.

Auch zur Wasserstoffgewinnung muss natürlich Energie eingesetzt werden. Diese Energie kann ebenfalls aus Wind und Sonne gewonnen werden. Sonnenöfen in sonnenreichen Gegenden erreichen heute schon Temperaturen von 4000°C, erzeugen direkt den dafür benötigten Dampf. In der Plasmaforschung werden solche Anlagen bereits verwendet. Eine andere ökologische Technik ist die Kreislaufwirtschaft: Da entstehen aus unseren Abfällen immer wieder Materialien für die weitere Produktion.

Für die Energiewende gibt es zwingende Gründe. Die CO₂-Emissionen, die zum Beispiel bei der Ölverbrennung entstehen, bewirken den Klimawandel, der die gesamte Menschheit bedroht. Darum brauchen wir Energien, die unsere Umwelt schonen. Und: Die Energiewende ist der Job-Motor mit Zukunft, den es zu fördern gilt. Für diese notwendige Energiewende stehen lediglich die Grünen.



Ein Solardach auf jedem Haus – noch Zukunftsmusik, aber eben machbar.

...dann klappt's auch mit den Jobs der Zukunft

Umweltschutz, Ökologie: Das ist heute schon der Motor für den Arbeitsmarkt

Neukölln – Wir bilden aus. Wir stellen ein. Die Bedingungen: 30 Urlaubstage im Jahr, Tarifgehalt. Auch

in Neukölln wird das geboten. Im August suchte die in Neukölln sit-

zende Solon AG jedenfalls zu solchen Konditionen noch nach Mitarbeitern. Schließlich ist das 1997 gegründete Unternehmen einer der internationalen Marktführer auf seinem Gebiet - in der Produktion von Photovoltaik-Anlagen zum Beispiel für Solardächer. Weit über 200 Mitarbeiter zählt das Unternehmen an seinem Neuköllner Hauptstandort - und expandiert weiter, hat im vorigen Sommer in Greifswald eine Niederlassung mit über 100 Beschäftigten gegründet. Das kostete in Berlin keinen einzigen Arbeitsplatz! Wesentliche Ursache des Solarbooms: Das von den Bündnisgrünen durchgesetzte Erneuerbare Energien Gesetz. Das garantiert Sonnenstrom-Anbietern feste Preise, gibt ihnen die Möglichkeit, langfristig zu planen. Und: Durch erhöhte Produktion sind die Preise für Solaranlagen in den letzten Jahren um 50 Prozent gesunken. Das - und die staatlichen Fördermittel

- machen das Solardach auch für den normalen Hausbesitzer erschwinglich. Eine ähnliche Entwicklung nahm auch die Windenergie: Windenergie-Strom ist heute um 60 Prozent billiger als 1990 - und die Anlagen leisten das Hundertfache!

Bundesweit arbeiten heute so schon 130.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien - mehr, als in der Kohleindustrie und der Atomwirtschaft zusammen.

Hier ist Deutschland der Export-Weltmeister

Und es sollen mehr werden! Ziel grüner Energiepolitik: Bis zum Jahr 2020 sollen 25 Prozent der Stromversorgung, 25 Prozent der Wärmeversorgung, 25 Prozent der Kraftstoffe aus Erneuerbaren Energien kommen. Rund 15 Milliarden Euro jährlich setzt die Branche „Erneuerbare Energien“ bereits jetzt um. Drei Milliarden Euro davon werden im Export gemacht -

was die Bundesrepublik übrigens zum Exportweltmeister bei Umwelttechnologien macht.

Schutz der Umwelt, Schutz des Klimas - das schafft die Arbeitsplätze der Zukunft, sagen die Grünen. Deshalb auch die Forderung: Forschung und Technologie-Förderung müssen auf umweltverträgliche Projekte konzentriert werden; dafür haben alle Subventionen, die den verschwenderischen Umgang mit natürlichen Ressourcen fördern, gestrichen zu werden.

Das ehrgeizige Ziel: Drei Prozent des Bruttoinlandproduktes sollen nach grüner Vorstellung in die Forschungs- und Entwicklungsförderung fließen. Neue Arbeitsplätze sehen die Grünen dabei aber nicht nur im Bereich der Erneuerbaren Energien selbst: Naturschutz schafft Arbeitsplätze zum Beispiel auch im Tourismus, damit auch in der Gastronomie und im Handel.

Jürgen Trittin im Rollberg-Kiez

Neukölln – Wer hat die besseren Ideen für neue Arbeitsplätze? CDU und FDP mit ihren Vorschlägen für Billig-Jobs ohne Kündigungsschutz - oder vielleicht die Grünen? Darüber will Bundesumweltminister Jürgen Trittin mit den Neuköllner Wählern diskutieren.

Da wird es dann auch um gängige Vorurteile gehen, die momentan gerade von der CDU verbreitet werden - zum Beispiel um die Behauptung, die Bundesrepublik würde durch rot-grün täglich 1000 Arbeitsplätze verlieren. Ökosteuer, Umwelt-Auflagen und vor allem das Dosenpfand, so heißt es schließlich bei CDU und FDP, sind die großen Jobkiller.

Sind sie das tatsächlich? Selbst die bayerischen Bierbrauer schwören mit ihren Flaschenbieren inzwischen auf das Dosenpfand - und ansonsten gilt: Wer die umweltfreundlichsten Produkte liefert, sichert sich den Markt der Zukunft. Automobilbauer, die auf niedrigen Benzinverbrauch, auf Rußpartikelfilter setzen profitieren davon heute schon.

Das Thema: Neue Arbeitsplätze durch den Umweltschutz - mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin und der Bündnisgrünen Direktkandidatin Sibyll Klotz. Am Freitag, 16. September, 16 bis 18 Uhr, Gemeinschaftshaus, Morusstraße 14.



Jürgen Trittin, Bundesumweltminister

Deutschunterricht

- professionelle Hilfe bei Schwächen in Rechtschreibung und Zeichensetzung
- Wochenendkurse für Kleingruppen

Anmeldung und Information: Brigitte Behrends, Lektorin/Korrektorin (Germ. M. A.), Telefon 0 30/25 29 18 83, E-Mail: pyka-behrends@t-online.de

Schutz vor Gen-Food, Schutz vor Dialern: Bei Grün haben die Verbraucher immer Vorfahrt Verbraucherschutz-Ministerium zeigt Agrar- und Industrie-Lobby ihre Grenzen



Natürliche Ernährung statt Gen-Food – dafür hat sich Verbraucherschutzministerin Renate Künast erfolgreich stark gemacht.

Neukölln – Alarm für Rudows Schrebergärtner! Schon bald kann sich ihr natürlich angebautes Gemüse in Gen-Food verwandeln. Grund: Der rot-rote Senat will die benachbarten Stadtgüter verkaufen - und wenn der Preis stimmt, auch an Gen-Food-Produzenten. Durch den Pollenflug wäre es dann aber auch in Rudow vorbei mit dem natürlichen Anbau!

Doch so weit ist es im vorigen Jahr nicht gekommen. Im Abgeordnetenhaus liefen die Grünen Sturm gegen die Senatspläne, die Neuköllner Grünen

trommelten im „Neuköllner Stachel“ und in der Bezirksverordnetenversammlung.

Und schließlich hatten Grüne und Verbraucher gesiegt: Der Senat rang sich letztendlich doch noch durch, den Verkauf der Stadtgüter mit der Auflage zu koppeln, dass dort keine Gen-Food-Produktion entstehen darf.

Alle Umfragen bestätigen: Deutschlands Verbraucher wollen keine genmanipulierten Lebensmittel. Aus den Supermarktregalen verbannen konnten die Grünen das Gen-Food nicht, aber die grüne Verbraucherschutzministerin Renate Künast setzte durch: Gen-Food muss als solches gekennzeichnet sein. Das gibt dem Verbraucher die Wahlfreiheit!

Und nicht nur in Sachen gesunde Ernährung zeigte das Verbraucherschutzministerium den Lobby-Verbänden ihre Grenzen auf. Das auf grüne Initiative seit Sommer 2003 geltende Gesetz gegen den Missbrauch von 0190'er-Telefonnummern machte Schluss mit der Dialer-Abzocke im Internet, bei der vom Kunden unbemerkt eine teure Telefonverbindung aufgebaut wurde.

Zwar: Horror-Telefon-Rechnungen gibt es immer noch - aber keine Telefongesellschaft darf die von ihren Kunden eintreiben, wenn ein nicht registrierter Dialer dahinter steckt.

Jüngster verbraucherpolitischer Erfolg der Grünen: Die Neuordnung des Informationsrechtes der Verbraucher. Wenn ein Unternehmen zum Beispiel Schinken mit zu hohem Wasseranteil verkauft, kann die zuständige Behörde nun direkt die Öffentlichkeit informieren. Das war bisher ausgeschlossen.

Allerdings: Der CDU gehen die Verbraucherrechte schon zu weit - und vieles, was die Grünen durchsetzen wollten, wurde von der schwarzen Mehrheit im Bundesrat blockiert.

Und die CDU hat angekündigt: Wenn Angela Merkel Kanzlerin werden sollte, wird es auch kein Verbraucherschutzministerium, sondern nur noch ein reines Landwirtschaftsministerium geben. Da wird dann - wie in der Zeit vor Künast - die Lobby der Agrar-Industrie das Sagen haben. Also: Verbraucherschutz oder Lobby-Interesse - auch um diese Themen geht es bei der Bundestagswahl am 18. September.



Renate Künast, Verbraucherschutzministerin - und Spitzenkandidatin der Berliner Bündnisgrünen

Mit Renate Künast in der Götterspeise

Neukölln – Verbraucherschutzministerin Renate Künast und die Neuköllner Spitzenkandidatin Sibyll Klotz stellen sich den Fragen von Frauen zu den Themen Verbraucherschutz und Arbeitsmarktpolitik.

Und dabei soll nicht nur „trocken“ diskutiert werden, da gibt es Kaffee und Kuchen sowie ein kulturelles Rahmenprogramm, das die Künstlerin „Coco Lores“ gestaltet.

Wann und Wo? Am Dienstag, 13. September, 15 bis 18 Uhr im Café Götterspeise, Karl-Marx-Straße 131 - 133, direkt am U-Bahnhof Karl-Marx-Straße.

Gleicher Lohn für Mann und Frau? Denkste!

Zur wirklichen Gerechtigkeit der Geschlechter führt noch ein weiter Weg



Gerechtigkeit zwischen den Generationen und den Geschlechtern – zentrales Anliegen der bündnisgrünen Politik.

Neukölln – Brutto 2388 Euro, das ist der statistische Durchschnittslohn einer Neuköllner Facharbeiterin. Ihr männlicher Kollege bringt es immerhin auf 2800 Euro. Das sagen die nackten Zahlen des Statistischen Landesamtes. Bundesweit verdient eine Frau im Durchschnitt sogar um 30 Prozent weniger als ein Mann.

Doch die ungleiche Bezahlung männlicher und weiblicher Facharbeiter ist noch nicht einmal die größte Ungerechtigkeit. Bei den Männern macht nämlich der Anteil der Facharbeiter unter den gewerblichen Arbeitnehmern 62,6 Prozent aus, 29,3 Prozent sind Angelernte, nur 8,1 Prozent Ungelernte. Bei den Frauen ist das Verhältnis umgekehrt: Da liegt der Facharbeiterinnen-Anteil gerade bei 16,6 Prozent, 51,5 Prozent sind angelernt und 31,8 Prozent ungelern. Eigentlich merkwürdig, wo doch Mädchen in der Regel bessere Schulensuren nach Hause bringen als die Jungen...

Darum sagen die Grünen: Ohne Gleichstellung von Mann und Frau wird es keine moderne Gesellschaft geben.

Doch bei der Vergabe von Spitzenjobs an weibliche Bewerber ist Deutschland immer noch ein Schlusslicht in Europa. Und das wollen die Grünen ändern.

Ein Schritt auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit war das

Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst. Da heißt es nun bei allen Ausschreibungen: „Bewerbungen von Frauen ausdrücklich erwünscht.“ Und: „Bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt eingestellt.“ Das gilt so lange, bis die Frauen auch in leitenden Positionen den Anteil haben, der ihnen zusteht. Aus dem grünen Wahl-Programm: „Nun brauchen wir endlich ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft.“ Vorstände und Aufsichtsräte deutscher Unternehmen – das sind nämlich noch immer reine Herrenrunden.

Doch damit allein ist es noch nicht getan. Denn so lange Kindererziehung vor allem als „Frauensache“ angesehen wird, so lange haben Frauen es im Berufsleben schwerer. Deshalb sagen die Grünen: „Praktische Geschlechtergerechtigkeit existiert erst dann, wenn die Sicherheit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung allen Frauen und Männern eine eigenständige Lebensplanung mit Kindern ermöglicht.“

Und was sagt Angela Merkel, die erste bundesdeutsche Kanzler-Kandidatin zu all dem? Der Spiegel zitiert sie mit den Worten: „In der Rezession müssen auch Frauen zurückstecken.“ Ein Grund mehr, es bei Frau Merkel mit dem Titel Kanzler-„Kandidatin“ zu belassen.

Für die Kanzlerin fehlt ihr da nämlich eindeutig noch die Qualifikation.



Sibyll Klotz bei Ihrer einstimmigen Wahl zur Neuköllner Direktkandidatin

Sibyll Klotz – Krimi-Fan und Katzen-Freundin

Neukölln – Seit 1991 sitzt Sibyll Klotz für die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, will nun in den Bundestag. Aber natürlich gibt es für die 44-jährige grüne Kandidatin auch ein Leben jenseits der Politik...

Obwohl: Viel Zeit bleibt dafür nicht. Denn neben Ihrer Arbeit als Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende engagiert sich die promovierte Philosophin (Dissertationsthema: „August Bebel und die Frauenfrage“) im Beirat der „Berliner Tafel“ und als Vorstandsmitglied des Förderkreises „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. So gilt für sie: Bezahlte Nebentätigkeiten neben Abgeordnetenhaus und demnächst Bundestag - die kommen gar nicht erst in Frage.

Dafür entspannt sich die grüne Politikerin ab und an bei einem spannenden Krimi oder einem nicht minder spannenden Doppelkopf-Spiel - und wird zu Hause von den beiden Katern Paul und Oskar auf Trab gehalten. Sibyll Klotz, Mutter einer 21 Jahre alten Tochter, lebt seit mehreren Jahren mit ihrer Partnerin zusammen.

Wer mehr über die künftige Bundestagsabgeordnete erfahren möchte: Auf www.kandidatenwaech.de gibt es im Internet weitere Informationen.

Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung... ? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle

- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt.-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))



15 Jahre Berufserfahrung

C & M - Brünne (GBR)

Service rund um Ihr Unternehmen

Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne
Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62/Fax: 661 00 63
mobil: 0162 - 106 36 92
e-mail: christine.brueenne@web.de

Gleiche Chancen für alle – für Neukölln eine Existenzfrage

Die Grünen im Bezirk stellen Bildung und Integration in den Mittelpunkt

Neukölln – Trotz knapper Kassen im Land und im Bezirk, trotz Gegenwind von CDU und FDP: Zusammen mit der Neuköllner Zählergemeinschaft haben die Grünen seit der letzten Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahl einiges im Bezirk erreicht. Sprachförderung, Quartiersmanagement, Erhaltung von Jugendclubs standen erfolgreich auf dem Arbeitsplan. Hier zieht Gabriele Vonnkold, Fraktionsvorsitzende der bündnisgrünen BVV-Fraktion, Bilanz – und sagt, warum die Bundestagswahl gerade auch für die Zukunft unseres Bezirkes so entscheidend ist.

Bei ihrer Arbeit im Bezirk lieben sich Bündnis 90/Die Grünen von der Überzeugung leiten: Die Entwicklung Neuköllns hängt davon ab, die Förderung aller hier lebenden Kinder und Jugendlichen, die Integration der Migranten zu organisieren. Gleiche und gute Chancen für alle sind die Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft und ein friedliches Zusammenleben in unserem bunten Bezirk.

Das wurde konkret durchgesetzt:

- Wir haben die Stelle eines Migrationsbeauftragten des Bezirkes geschaffen. Der berät nicht nur die Migranten, sondern auch die Neuköllner Verwaltung. Dadurch wurde auch der Migrationsbeirat, in dem die verschiedensten Organisationen der hier lebenden Migranten vertreten sind, aufgewertet. Dieser Migrationsbeirat leistete wertvolle Anregungen zur Bezirkspolitik. Nur wer mitreden und mitgestalten kann, wird auch wirklich zum Mitbürger. Um die integrationswilligen Migranten und Migrantinnen noch in-

tensiver einzubinden, wollen Bündnis 90/Die Grünen den Migrationsbeirat künftig mit einem Antragsrecht für die Bezirksverordnetenversammlung ausstatten.

Förderung zum Einstieg in den Arbeitsmarkt

- Ein Schwerpunkt der kommunalen Bildungsarbeit wurde auf die Sprachförderung gelegt. Das reichte vom „Modellversuch Sprachförderung“ in Kitas über den Förderunterricht in den Schulen bis zu den Mütterkursen und einem breiten Angebot der Volkshochschule. Zukünftig wird es für Sprachkurse ein eigenes Haus in der Lahnstraße geben.

- Mit Hilfe von europäischen Fördergeldern wurden 80 Kleinprojekte von Initiativen und Vereinen in den Quartiersmanagementgebieten gefördert. Hier wird vor allem – aber nicht nur – Migranten und Jugendlichen der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert.

- In der Oderstraße entsteht derzeit ein interkulturelles Eltern-, Kinder- und Jugendzentrum. Das Kinderclubhaus steht bereits, das Elternzentrum wurde jüngst eröffnet und das Jugendzentrum folgt demnächst. Hier sollen Eltern, Kinder und Jugendliche aller Herkunftsländer Beratung und Förderung erfahren.

- Gegen die Sparpläne von SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin haben wir in Neukölln erfolgreich die Schulstationen verteidigt.

Diese Schulstationen sorgen dafür, dass auch „problematische Schüler“ in den Unterricht eingebunden werden.

- Die ordentliche Ausstattung und Pflege der Spielplätze hatten Priorität.

- Jugendclubs und Streetworker-Programme blieben trotz harter Sparvorgaben des Senates erhalten. Die Neuköllner Eisbahn wird saniert und die Pflege der Sportflächen wurde trotz der angespannten Haushaltslage weitergeführt.

Nicht auf Kosten unserer Zukunft sparen

- Nachbarschaftseinrichtungen, Stadtteilläden, Schuldnerberatung und Kältehilfe wurden weitergefördert.

Das Prinzip grüner Politik in Neukölln: Wenn schon gespart werden muss, dann möglichst wenig in den Bereichen Bildung, Jugend und Soziales. Schließlich können wir nicht die Zukunft des Bezirkes wegsparen.

CDU und FDP forderten dagegen gerade hier deutliche Kürzungen, wollten das Geld lieber in den Straßenbau stecken. Was Angela Merkel und Guido Westerwelle auf Bundesebene predigen, wollten Neuköllner CDU und Neuköllner FDP im Bezirk schon umsetzen: Statt qualifizierte Ausbildung möglichst früh und möglichst für alle Auslese und „Elitenförderung“. Statt das Zusammenfügen der kulturellen Vielfalt in unserem Bezirk Anpassung der hier lebenden Immigrantinnen und Immigranten an das, was an Stammischen zur „deutschen Leitkultur“ erklärt wird.

Insbesondere die FDP zeigte mit ihren – erfolglosen – Anträgen – in der Bezirksverordnetenversammlung, um was es ihr geht: Politik zugunsten der so genannten Besserverdienenden, um Ausgrenzung der sozial Benachteiligten. Ob eine künftige Bundesregierung Integration, Kinderbetreuung und Bildung fördert oder eine Politik der Ausgren-



„Kinderbetreuung für alle“ ist eine der zentralen grünen Forderungen - denn frühe Förderung ist eine Voraussetzung der Chancengleichheit.

zung und „Eliten“förderung betreibt wird auch Auswirkungen auf Neukölln haben.

Ohne Rückenwind einer für die Chancengleichheit aller stehenden Bundesregierung wird es auch im Bezirk schwerer, der sozialen Kälte von CDU und FDP Einhalt zu gebieten.

REISSCHALE
Asiatische Lebensmittel & Naturkost
Karl-Marx-Straße 181 · 12043 Berlin
☎ (030) 687 73 73

Grundsicherung – auch für Menschen ohne Arbeit

Hartz IV bedarf erheblicher Nachbesserungen

Neukölln - Rund 40.000 Neuköllner Haushalte - Single-Haushalte, Partnerschaften, allein erziehende Mütter – beziehen nach Hartz IV das so genannte Arbeitslosengeld II. Das Jobcenter Neukölln ist das größte Jobcenter der Bundesrepublik.

Kein Grund, stolz auf den Bezirk zu sein. Aber für die Neuköllner Grünen immer wieder ein Grund, sich auch auf Bundesebene in die Debatte um die Arbeitsmarktreform einzumischen, auf konkreten Verbesserungen gerade bei Hartz IV zu drängen. Auch wenn viele grüne Forderungen in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner und insbesondere im Ringen mit CDU und FDP nicht durchsetzbar waren - manches von dem, was die Neuköllner Grünen verlangten, findet sich nun im Wahlpro-

gramm der Bündnisgrünen, steht für die kommende Legislaturperiode auf der Tagesordnung.

Die grüne Kernforderung dabei: Das Arbeitslosengeld II muss einen wirksamen Schutz vor Armut bilden, die Selbstbestimmung der Leistungsempfänger wahren, muss ihnen erlauben, weiter am gesellschaftlichen Leben teil zu nehmen. Doch dafür braucht man andere Regelsätze - und zwar gleich in Ost und West.

Eine andere zentrale Forderung: Auch, wer wegen des Einkommens seines Lebenspartners nun selbst kein Geld mehr vom Jobcenter bekommt, muss aber das Recht auf weitere Förderung haben, sowie das Recht auf eigene berufliche Fortbildung, das Recht auf Vermittlung. Und schließlich: Gegen Lohndumping brauchen wir die Mindestlöhne.

Mehr Mehrwertsteuer: Damit bringt die CDU den Handwerksbetrieben den Ruin

Die notwendigen Reformen sozial und generationengerecht gestalten

Neukölln – Zwei Prozent mehr Mehrwertsteuer, wie die CDU sie will – das hört sich nicht mal viel an. Doch für Handwerker und Ich-AG's sind sie der Ruin. Hier sagt Rainer Penk, Inhaber einer Schreinerwerkstatt in Neukölln, warum er die Grünen unterstützt.

205.800 Beschäftigte, 19.500 Lehrlinge, ca. 27.000 Betriebe, ein Umsatz von 10,5 Milliarden Euro – das Handwerk ist ein stabiler und maßgeblicher Faktor auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Doch das Handwerk kann seine Schlüsselrolle nur weiter übernehmen, wenn es dafür die Rahmenbedingungen gibt.

Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Reformen waren ein Schritt in die richtige Richtung. Endlich haben auch Selbstständige ein Recht auf Weiterbildung und Förderung durch die

Agentur für Arbeit. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit wird, wenn sie weiter läuft, das Handwerk stärken.

Natürlich wurden bei der Umsetzung der Reformen Fehler gemacht. Die Lasten der Reformen zum Beispiel waren nicht immer sozial gerecht verteilt. Die geförderten Ich-AG's haben in vielen Fällen zu unfairen Wettbewerbsverzerrungen geführt. Solche Fehler müssen abgestellt werden, eine Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen durch Ich AG's darf es nicht geben. Dennoch: Eine zeitweilige Förderung von Ich AG's ist sinnvoll, wenn dadurch Arbeitslose eine eigene Existenz aufbauen können.

Die Lage der Handwerksbetriebe ist vom schrumpfenden Binnenmarkt geprägt. Die Konsumunlust der Kunden führte im vergangenen Jahr in Berlin zu einem Umsatzminus von 4,6 Prozent.

Kleinere Unternehmen und Selbstständige, die keine oder nur ein oder zwei Mitarbeiter haben, würden durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer stärker belastet, als sie es verkraften.

Der Nachfrage-Rückgang macht es ihnen nämlich unmöglich, die Erhöhung der Mehrwertsteuer über den Preis an den Kunden weiter zu geben. Für Selbstständige und Ich AG's mit geringer Liquidität wird diese Erhöhung der Mehrwertsteuer zum wirtschaftlichen Aus und zur erneuten Arbeitslosigkeit führen. Dass die CDU mit ihrer Mehrwertsteuererhöhung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mindern will, nutzt ihnen da auch nichts: Selbstständige sind gar nicht arbeitslosenversichert. Als Handwerksmeister unterstütze ich die Partei, die für die notwendigen Reformen eintritt, sie sozial und generationengerecht gestalten will: Bündnis 90/Die Grünen.

Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name	Straße	Wohnort
Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440628, 12006 Berlin		

Frau Baba, wir haben da ein paar Fragen...

Linkspartei/PDS/WASG: Links reden - und dann bei den Kleinen streichen

Neukölln – Für die Linkspartei.PDS/WASG kämpft Evrim Baba - bisher für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus - um ein Mandat für den Bundestag. Wie sie ihre bisherige Berliner Regierungspolitik der Unterstützung des SPD-PDS-Senats da mit den vollmundigen Wahlversprechen der Linkspartei unter einen Hut bringen will - wir können das nicht sagen.

Aber vielleicht kann die Kandidatin selbst ja erklären, warum sie als „Linkspartei“ Hartz IV am liebsten gleich ganz abschaffen möchte, ihr Parteifreund Harald Wolf dann aber ausgerechnet die Gelder für die Ar-

beitsmarktförderung von 203 auf 55 Millionen Euro zusammenstrich?

Mit Hartz IV, so meinte ja die Bundesregierung, sollten Arbeitslose „gefordert und gefördert“ werden. Und aus diesem Konzept möchte die Linkspartei nun wieder raus. Müssen wir die PDS-Politik, für die Frau Baba steht, nun so verstehen, dass dieser Ausstieg etwa beim „Fördern“ beginnt?

Oder, Frau Baba: Ist die Abschaffung der Lernmittelfreiheit Ihre Vorstellung von Chancengleichheit? 100 Euro müssen in Berlin dank Rot-Rot nun die Eltern pro Schuljahr für jedes Kind bezahlen. Dass Sie im Abgeordnetenhaus dagegen aufgetreten sind, ist uns jedenfalls nicht bekannt. Na gut, ob

von der Sekretärin oder vom Herrn Aufsichtsrat - ein Hundert-Euro-Schein sieht immer gleich aus. Auch eine Form von Chancengleichheit...

Und wie war das mit den Kürzungen und den geplanten Schließungen der Frauenprojekte durch Rot-Rot? Zu Ihren Gunsten wollen wir annehmen: Sie haben im stillen Kämmerlein geweint. Aber warum haben wir den Aufschrei der Frauenpolitikerin Evrim Baba nicht vernehmen können? Aber wenigstens: Die betuchten Anleger der bankrotten Bankgesellschaft werden mit Ihrer Zustimmung großzügig entschädigt. Und jetzt hätten wir noch gern gewusst, was daran alles links ist...

Des Stachels bunte Seite

Kernkraft? Darum ist das der falsche Dampfer...

Internationale Kampagne von Ärzten und Energie-Wissenschaftlern gegen die Lügen der Atom-Lobby



Unter der Lupe

Geh' doch...

...nach drüben! So pflegte man zu Zeiten des alten West-Berlin auf missliebige Äußerungen zu reagieren.

Wer glaubt, dass die Zeit über solche Schablonen hinweg gegangen ist, wird von der Neuköllner Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) eines anderen belehrt. So verlangt Frau Vogelsang, auch noch Kreisvorsitzende der Neuköllner Schwarzen, im CDU-Blatt „Neuköllner Rundschau“ allen Ernstes: Wer kein Deutsch lernt, muss eben raus aus Deutschland! Denn wer sich unserem „Hauptkulturgut“, der deutschen Sprache, hartnäckig verweigert, ist ein Feind jedweder Integration.

Frau Vogelsang hält ihre Rauswurf-Drohung für eine geeignete Maßnahme, die Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund zu verbessern. Soll heißen: Raus mit den Eltern, damit die Kinder besser deutsch lernen. Ist doch logisch, oder?

Vielleicht will die CDU (das C für „christlich“ in dem Parteinahmen will einem kaum über die Lippen kommen) das Zuwanderungsgesetz, das ihre Partei ja mit beschlossen hat, doch noch ändern: Ausgewiesen werden nicht nur Terroristen und andere Straftäter, sondern auch notorische „Deutsch-Verweigerer“. Wohin aber mit den deutschen Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen, und das nicht nur bei der Sprache? Auch ausweisen, Frau Vogelsang? Und wenn ja, wohin? Denn „nach drüben“ geht ja wohl nicht mehr. Jürgen Biele



Nanu? Überall auf der Straße hängen bunte Werbeplakate mit den Köpfen von Politikern, mit politischen Parolen. Was wollen denn die verkaufen? Verkaufen wollen die zwar nichts, aber die „Stimmen“ Eurer Eltern.

Am 18. September wird nämlich gewählt. Wer über 18 Jahre alt (und deutscher Staatsangehöriger) ist, darf an dieser Wahl teilnehmen. So entscheiden die Bürger - die Wähler - wer das Land für die nächsten vier Jahre regiert. Und weil alle Parteien regieren wollen, führen sie jetzt Wahlkampf. Das ist die Werbekampagne, die ihr jetzt auf den Straßen seht. Allerdings: Auch wenn viele Erwachsene das glauben - sie wählen gar nicht „die Regierung“ oder den Bundeskanzler. Gewählt werden am 18. September von Euren Eltern die Mitglieder des

+++ Sackgasse Atomenergie +++

Uran reicht nur noch einige Jahrzehnte - und dann?



Atomenergie führt ebenso in eine Sackgasse wie die Verfeuerung der begrenzt vorhandenen fossilen Brennstoffe. Denn das für den Betrieb von Atomkraftwerken benötigte Uran ist ein knapper Rohstoff. „Schnelle Brüter“, mit denen man hoffte, die Reserven zeitlich strecken zu können, sind aus technischen und wirtschaftlichen Gründen gescheitert. In wenigen Jahrzehnten wird der Atomwirtschaft der Brennstoff ausgehen.

Da neben den Uranreserven auch die Erdöl- und Erdgasreserven in absehbarer Zeit verbraucht sein werden, kann die Menschheit ihren Energiebedarf auf Dauer nur mit erneuerbaren Energien und effizienter Energienutzung decken.

+++ Risikotechnik Atomenergie +++

Super-GAU-Risiko in Europa: 16 Prozent



In jedem Atomkraftwerk kann es aufgrund von technischen Mängeln und menschlichen Fehlern zu einem schweren Unfall kommen, bei dem große Mengen Radioaktivität in die Umwelt freigesetzt werden.

Nach der offiziellen „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke – Phase B“ kommt es in einem deutschen Atomkraftwerk bei einer Betriebszeit von rund 40 Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,1 Prozent zum Super-GAU. In der Europäischen Union sind mehr als 150 Atomkraftwerke in Betrieb. Die Wahrscheinlichkeit für einen Super-GAU in Europa liegt bei 16 Prozent. Das entspricht der Wahrscheinlichkeit, auf Antriebe eine 6 zu würfeln.

Weltweit sind etwa 440 Atomkraftwerke in Betrieb. Die Wahrscheinlichkeit, dass es weltweit in 40 Jahren zu einem Super-GAU kommt, liegt bei 40 Prozent. Wie die Atomkatastrophe in Tschernobyl zeigt, ist bei einem Super-GAU mit mehreren zehntausend Toten zu rechnen.

Der Stachel für die Kids

Wie geht das Wählen? So wählen Eure Eltern richtig!

Parlamentes, des „Deutschen Bundestages“. Und die Mitglieder des Bundestages wählen dann die Mitglieder der Regierung.

Nun gehören die Kandidaten, also die Menschen, die in den Bundestag gewählt werden wollen, fast alle einer Partei an. Und diese Parteien sagen auch vorher, also im Wahlkampf, wen sie in die Regierung schicken wollen, was diese Regierung für eine Politik machen soll. Also wählen die Bürger schon ihre Regierung – wenn auch nicht direkt.

Wenn die Regierung dann im Amt ist, machen die „Parlamentarier“, die Mitglieder des Bundestages, die Gesetze. Und die Mitglieder der Regierung sorgen dafür, dass die Gesetze auch in der Praxis umgesetzt werden.

Auch darum wollen alle Parteien möglichst viele Mitglieder ins Parlament schicken: Denn je mehr Mitglieder sie im Parlament haben, desto mehr reden sie bei den Gesetzen mit, desto mehr können sie kontrollieren, ob die Regierung die Gesetze auch wirklich umsetzt.

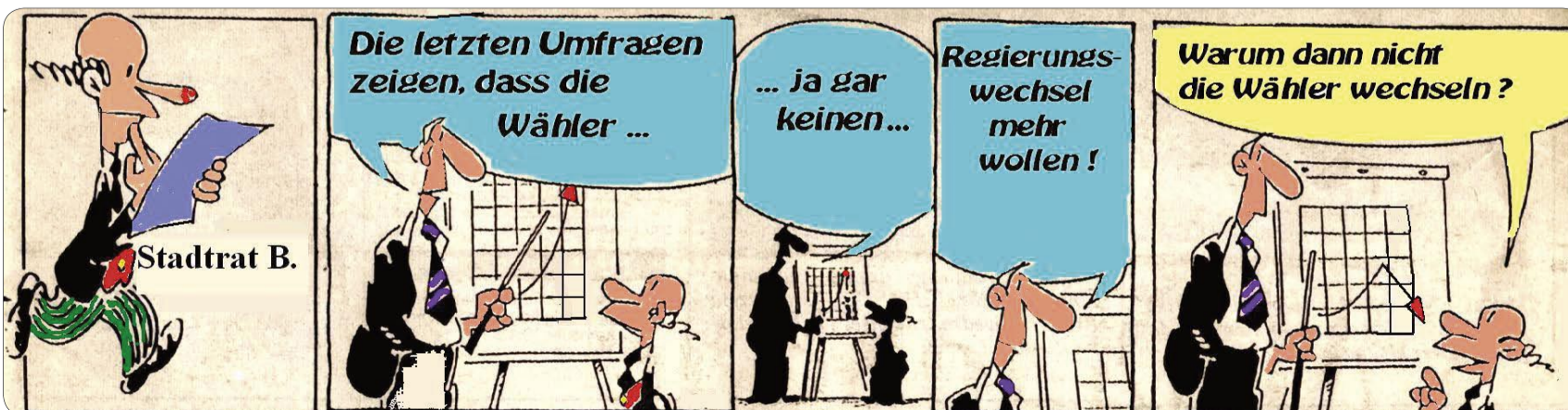
Um nun das Parlament zu wählen, hat jeder Bürger zwei Stimmen, die so genannte Erst- und die Zweit-Stimme.

Die ganze Bundesrepublik ist nämlich in 299 etwa gleich große Wahlkreise aufgeteilt. Neukölln zum Beispiel ist ein solcher Wahlkreis. Und die Wähler jedes Wahlkreises schicken mit ihrer Erststimme einen Kandidaten direkt ins Parlament. Da sagt man: Wer die meisten Erststimmen bekommt, erobert das Direktmandat.

Aber es kann ja immer nur einer die meisten Stimmen bekommen - und das wäre für all die anderen natürlich nicht gerecht. Darum gibt es noch eine Zweitstimme. Mit der wählt man dann nicht einen Kandidaten, sondern die Partei, die man für die beste hält. Wenn zum Beispiel eine Partei in allen Wahlkreisen 10 % der Stimmen bekommt, hat sie zwar keinen einzigen Wahlkreis gewonnen, stellt aber trotzdem zehn Prozent der Mitglieder des Bundestages. Darum sagt man auch, dass die Zweitstimme noch wichtiger ist als die Erststimme.



Wahlkampf: An Infoständen auf der Straße informieren die Parteien die Wähler über ihre Politik. Bei den Grünen gibt es solche Infostände allerdings nicht nur in Wahlkampfzeiten. Foto: Biele



• Der letzte Punkt

Sie reden ja nicht nur frustrierten Unsinn über angeblich Frustrierte. Manchmal muss man doch auf das hören, was die Vordenker der CDU zu sagen haben. Zum Beispiel auf Kurt Biedenkopf. Der stellte sachlich fest: „Was nicht ökologisch ist, ist auch nicht ökonomisch.“ Vielleicht folgt da noch die passende Wahl-Empfehlung. Der Mann ist ja lernfähig...